

# Nach 30 Stunden war die Störung behoben

Ein Routine-Update führte ab Dienstag zu Einschränkungen in der Kommunikation der Spitäler Schaffhausen. Seit gestern Morgen ist das Netzwerk wieder intakt. Eine Cyber-Attacke ist laut KSD-Geschäftsführerin Barbara Berger ausgeschlossen.

Regula Lienin

SCHAFFHAUSEN. Seit Dienstagabend waren die Spitäler Schaffhausen von weitreichenden IT-Problemen betroffen. Die Ursache lag bei der Netzwerk-Infrastruktur, die das Informatikunternehmen von Kanton und Stadt Schaffhausen (KSD) den Spitälern Schaffhausen zur Verfügung stellt. Gestern Nachmittag teilte dieses mit, dass die Störung behoben sei. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag hätten die aufgetretenen Verbindungsprobleme lokalisiert werden können. Das Netzwerk der Spitäler Schaffhausen war demnach ab 2.30 Uhr wieder vollumfänglich funktionsfähig. Die kantonale Verwaltung war nur vereinzelt von ähnlichen Problemen betroffen.

Analysen mit IT-Experten des Herstellers und des Lieferanten hätten ergeben, dass ein sogenannter Bug, ein Fehler in der Software, in einer zentralen IT-Komponente für die Störungen verantwortlich gewesen war. Ungewiss ist, ob das Update von Dienstagabend die Hauptursache für die Probleme war. Die Ausfalldauer sei mit einem zeitlich aufwendigen Ausschlussverfahren der einzelnen Komponenten zu erklären. «Wir sind immer noch in der Nachbearbeitung», sagt Barbara Berger, Geschäftsführerin des KSD. Eine Cyberattacke sei «absolut ausgeschlossen». Es seien weder Daten gelöscht worden noch zu irgendeinem Zeitpunkt ungeschützt gewesen.

## Schlaflose Nächte

Die Ausfalldauer von gut 30 Stunden bereitete Berger zwei schlaflose Nächte. Eine solche Störung habe sie in ihrer beruflichen Karriere noch nicht erlebt. Das will aber nichts heissen: Auch Firmen wie beispielsweise die Swisscom kämpfen ab und zu mit so grossen Störungen, dass sie öffentlich bekannt werden. Die bestehenden Notfallkonzepte hätten sehr gut funktioniert, so die KSD-Geschäftsführerin. Dass die Spitäler Schaffhausen ungleich stärker betroffen waren als die Verwaltung, könne noch nicht abschliessend erklärt werden. Es handle sich für das KSD um den bislang grössten Zwischenfall. Die Mitarbeitenden der Spitäler Schaffhausen und deren IT-Abteilung hätten souverän reagiert. Der Belegschaft



Der Mailverkehr und die Mobiltelefonie waren stark eingeschränkt, deshalb wurde vermehrt auf die Festnetztelefonie zurückgegriffen.

BILD MELANIE DUCHENE

sei es gelungen, die Gesundheitsversorgung der Patientinnen und Patienten aufrecht zu erhalten. Die Störung, die alle Standorte betraf, hatte vor allem Auswirkungen auf den administrativen Bereich und die Kommunikation. Diverse internetbasierte Programme waren nicht oder nur teilweise funktionsfähig. Stark eingeschränkt war die Mobiltelefonie. Sie funk-

tionierte nur teilweise und musste durch die Festnetztelefonie ersetzt werden. Dies hatte, wie die Spitäler Schaffhausen auf ihrer Website schreiben, Auswirkungen auf die interne Alarmierung bei Notfällen, die deshalb umorganisiert wurde. Betroffen waren zudem die Systeme des Zentrallabors am Kantonsspital und im Kantonalen Corona-Abklärungszentrum, weshalb es

dort ebenfalls zu Einschränkungen kam. Auch der Mailverkehr war grösstenteils reduziert. Mails von den Spitälern Schaffhausen konnten nur noch teilweise an externe Empfänger verschickt werden. Nicht tangiert war die Gesundheitsversorgung. Die Operationstermine und Sprechstunden fanden statt und auch die computerintensive Radiologie war weiterhin möglich.

## Entscheid des Stadtrats zur Corona-Demo lässt Kommentare hageln

Dass die geplante Corona-Kundgebung am Samstag doch nicht stattfinden darf, stösst in den Sozialen Medien auf Lob – aber auch auf Kritik.

Eva Kunz

SCHAFFHAUSEN. Zuerst ist sie bewilligt. Dann, zwei Tage vor der Durchführung, wird den Veranstaltern der Corona-Demo die Bewilligung wieder entzogen. Der Entscheid des Stadtrats vom Donnerstag, die für morgen geplante Corona-Demonstration doch zu verbieten, erntete in den Sozialen Medien einerseits Zuspruch. Der SP-Grossstadtrat Marco Planas beispielsweise äusserte sich auf Twitter mit den Worten: «Kein Liestal in Schaffhausen.» Auch Gianluca Looser von den Jungen Grünen äusserte sich positiv dazu. «Bewilligung wurde anscheinend widerrufen. Bravo Schaffhausen!», kommentierte er ebenfalls auf Twitter.

### «Grundrechte eingeschränkt»

Doch nicht alle finden das Handeln des Stadtrats gut. Praktisch unmittelbar nach der Verkündung der Neuigkeit gab es unter dem Facebook-Post der SN diverse wütende Kommentare. Die Einschränkung eines Grundrechts war ein Hauptkritikpunkt. «Wo ist die sogenannte Demokratie», schrieb ein Nutzer.

«War ja klar. Jegliche Coronakritik muss im Keim erstickt werden», kommentierte ein anderer.

Urs Tanner, SP-Grossstadtrat und Jurist, ist ebenfalls der Meinung, dass die Demo hätte bewilligt werden sollen. Er schrieb auf Twitter: «Wäre mit viel Polizeipräsenz wohl möglich gewesen; auch für Freaks soll die Verfassung gelten!» Darunter ein Zitat von Rosa Luxemburg: «Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden.»

In einer Mail an die SN bezog sich Tanner auf die Demonstrationsfreiheit. «Grundrechte sind keine Schönwetter-

### «Bewilligt oder nicht, man kann schwer sagen, wie die Situation morgen aussehen wird.»

Christine Thommen  
Schaffhauser Sicherheitsreferentin

rechte», schrieb er, «deshalb wäre wohl mit massivem Polizeiaufgebot und mit Durchsetzung der Maskenpflicht möglich gewesen, die Demo zu bewilligen». Es bestehe grundsätzlich Anspruch, den öffentlichen Grund für Kundgebungen zu benützen. Einschränkungen von Grundrechten seien dann zulässig, wenn sie «auf einer gesetzlichen Grundlage beruhen, durch ein öffentliches Interesse

oder den Schutz von Grundrechten Dritter gerechtfertigt und verhältnismässig sind», zitierte er eine entsprechende Passage zu den Grund- und Menschenrechten.

### Einschränkungen möglich

Ob der Entscheid des Stadtrats gerechtfertigt und verhältnismässig war – darüber will sich der Jurist und ehemalige Kantonsgerichtspräsident Werner Oechslin zwar nicht äussern, aber: «Grundsätzlich ist es rechtlich problematisch, in diesem Punkt eine Einschränkung vorzunehmen, sofern eine Notwendigkeit besteht und der Entscheid gerechtfertigt ist.» Der Fall sei dies etwa, wenn eine Bedrohungslage bestehe.

Dass eine solche in diesem Fall befürchtet werden kann, war einer der Hauptargumente des Stadtrats für seinen Entscheid, wie er in der entsprechenden Mitteilung schrieb. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass es zu Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung komme.

Trotz Bewilligungsentzug – ob Demonstranten morgen in Schaffhausen auftauchen werden, bleibt weiterhin ungewiss. «Bewilligt oder nicht, man kann ähnlich schwer sagen, wie die Situation morgen aussehen wird», sagt Sozial- und Sicherheitsreferentin Christine Thommen (SP). «Das ist fast wie Kaffeesatzlesen.»

## Windaktie soll dem Projekt Chroobach Flügel verleihen

Mit der Lancierung einer Windaktie will die Projektgemeinschaft Chroobach die Bevölkerung am Projekt beteiligen. Der Hemishofer Gemeinderat ist jedoch weiterhin gegen solche Anlagen auf dem Gemeindegebiet.

SCHAFFHAUSEN/HEMISHOFEN. Vor wenigen Wochen ist zunächst Haushalten im oberen Kantonsteil, danach im übrigen Kanton Schaffhausen ein Flyer der Projektgemeinschaft Chroobach in die Briefkästen geflattert. Beworben wurde darin eine Windaktie, mit dem sich der Inhaber am lokalen Windenergieprojekt auf dem Chroobach in Hemishofen beteiligt (die SN berichteten). Und es besteht durchaus Nachfrage. «Stand heute haben sich rund 320 Interessenten für eine Windaktie gemeldet», teilte Patrick Schenk von der Projektgemeinschaft Chroobach Windenergie in Schaffhausen gestern auf Anfrage mit. Diese «hohe Zahl» sei für die Projektgemeinschaft sehr erfreulich und zeige ein grosses Interesse an Investitionen in einem lokalen Energieprojekt auf. Unter den Interessierten seien Personen aus dem oberen Kantonsteil «gut vertreten». Nachfrage bestehe jedoch aus allen Teilen des Kantons und auch darüber hinaus.

Wie dem Flyer zu entnehmen ist, haben im oberen Kantonsteil wohnhafte Privatpersonen und Gemeinden rund um den

Chroobach Vorrang beim Windaktienbezug. Diese Bevorzugung sei aktienrechtlich unbedenklich, so die Projektgemeinschaft. Im Vorfeld der Lancierung der Windaktie habe sie das durch spezialisierte Juristen prüfen lassen. Darunter auch das Thema Vorrang. «So ist es rechtlich möglich und machbar, dass zeitlich beschränkt Aktien für einen bestimmten Teil der künftigen Aktionäre erhältlich sind», sagt Schenk.

Zur Begründung für die Lancierung der Windaktie sagt Schenk, dass die Bevölkerung dadurch eine erschwierliche Möglichkeit erhalten soll, sich am lokalen Windenergieprojekt zu beteiligen. Denn Investitionsmöglichkeiten in regionale Erneuerbare Energie gebe es kaum.

Auch wenn die Projektgemeinschaft mit der Windaktie das Thema forciert, bleibt der Hemishofer Gemeinderat dagegen. «Daran hat sich nichts geändert», sagt Gemeindepräsident Paul Hürlimann. Damit ist aber noch ungewiss, wie die Bevölkerung der Gemeinde zu den geplanten Windkraftanlagen steht, denn dazu gab es bisher keine Abstimmung. Dies ist aber spätestens dann der Fall, wenn die von der Projektgemeinschaft beantragte Teilrevision der Bau- und Zonenordnung zur Ausscheidung einer Windenergiezone vors Volk kommt. Wann dies sein wird, ist unklar. «Der Antrag wird gerade vom Gemeinderat geprüft», so Hürlimann. Zur Windaktie möchte er keine Stellung nehmen. (tma)